

Antrag 159/I/2025**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: AH Fraktion (Konsens)****Keine Einsparungen auf Kosten der Zukunft – Verantwortung übernehmen, Kinder und Familien stärken!**

1 Die Mitglieder des Senats und der AGH-Fraktion der SPD
2 Berlin werden aufgefordert, sicherzustellen, dass im Rah-
3 men der Haushaltsverhandlungen für den Doppelhaus-
4 halt 2026/2027 die gesetzlichen Grundlagen des Kinder-
5 und Jugendförderungs- und -beteiligungsgesetzes sowie
6 des Familienförderungsgesetzes als verbindliche Rechtsver-
7 pflichtung in Berlin konsequent umgesetzt werden.

8
9 Hierfür sind folgende Maßnahmen essenziell und zwin-
10 gend zu ergreifen:

- 11
12 1. Konsequente Umsetzung der beiden Fördergesetze.
13 2. Zweckgebundene Mittelzuweisung an die Bezirke,
14 um bestehende Angebote abzusichern und verläss-
15 lich umsetzen zu können.
16 3. Tarifgerechte Finanzierung, auch für freie Träger.

Begründung

17
18
19
20 Kinder, Jugendliche und Familien sind in besonderem Ma-
21 ße von den gesellschaftlichen Krisen der letzten Jahre be-
22 troffen. Gleichzeitig stehen die Haushaltsverhandlungen
23 für den Doppelhaushalt 2026/2027 unter schwierigen Vor-
24 zeichen, sodass erneut Kürzungen in der Kinder- und Ju-
25 gendhilfe sowie der Familienförderung drohen. Bereits im
26 Frühjahr und Winter 2024 haben Kinder und Jugendli-
27 che gemeinsam mit einem breiten Bündnis aus Trägern
28 und Verbänden unter dem Hashtag #unkürzbar gegen ge-
29 plante Einsparungen protestiert. Doch nur wenige Mona-
30 te später stehen dieselben Angebote wieder vor der Be-
31 drohung drastischer Kürzungen. Dadurch geraten essen-
32 zielle Strukturen und dringend benötigte Maßnahmen in
33 Gefahr.

34
35 Mit der Verabschiedung des Kinder- und
36 Jugendförderungs- und -beteiligungsgesetzes sowie
37 des Familienförderungsgesetzes haben wir als SPD in Berlin
38 verbindliche Standards zur Umsetzung des SGB VIII
39 geschaffen. Diese Gesetze definieren die notwendigen
40 qualitativen und quantitativen Rahmenbedingungen, um
41 eine Mindestversorgung sicherzustellen. Die geplanten
42 Einsparungen stehen nicht nur im Widerspruch zu die-
43 sen gesetzlichen Verpflichtungen, sondern auch zu den
44 Grundsätzen sozialdemokratischer Politik.

45
46 Sie gefährden:

- 47
48 • **Niedrigschwellige Angebote**, die präventiv zum Kin-

49 derschutz beitragen und den ohnehin überlasteten
50 Regionalen Sozialdienst (RSD) entlasten.

51 • **Wichtige Anlaufstellen für Familien**, die auf Bera-
52 tung und Unterstützung angewiesen sind.

53 • **Orte der Selbstwirksamkeit und des Empowerm-**
54 **ents**, die gegen Vereinsamung und gesellschaftliche
55 Isolation wirken.

56 • **Spezifische Angebote für besonders vulnerable**
57 **Gruppen**, die unter Diskriminierung und sozialen
58 Benachteiligungen leiden.

59 • **Armutspräventive Einrichtungen**, die Bildungsbe-
60 nachteiligungen abbauen und somit einen ent-
61 scheidenden Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unserer
62 Gesellschaft leisten.

63 • **Hochqualifizierte Fachkräfte**, die durch unsichere
64 Arbeitsbedingungen gezwungen werden, das Be-
65 rufsfield zu wechseln.

66 • **Bestehende Netzwerke**, die zentrale Bausteine für
67 eine funktionierende Präventionskette und den so-
68 zialen Frieden in unserer Stadt darstellen.

69

70 Seit Jahren steigen die Ausgaben für Hilfen zur Erziehung
71 kontinuierlich an, während gleichzeitig immer pauschale
72 Minderausgaben gefordert werden. Diese Entwicklungen
73 führen dazu, dass Träger um ihre Existenz kämpfen, Fach-
74 kräfte um ihre Arbeitsplätze bangen und Kinder sowie Ju-
75 gendliche um ihre dringend benötigten Angebote fürch-
76 ten müssen.

77

78 Der 17. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung
79 zeigt eindrücklich, dass Kinder und Jugendliche sich nicht
80 ausreichend beteiligt fühlen und zunehmend pessimis-
81 tisch in die Zukunft blicken. Um dem entgegenzuwir-
82 ken, sind stabile, verlässliche Strukturen und Vertrauens-
83 personen unerlässlich. Statt Kürzungen braucht es daher
84 vielmehr einen Ausbau bestehender Angebote, um Bil-
85 dungsabbrüche, Jugendarbeitslosigkeit und soziale Isola-
86 tion frühzeitig und professionell zu verhindern – nicht zu-
87 letzt, um langfristige volkswirtschaftliche Kosten zu sen-
88 ken.